

Biden fordert Gericht auf, 9/11-Mastermind-Deal zu blockieren

Die Biden-Administration fordert das Gericht auf, einen Vergleich für Khalid Sheikh Mohammed, den mutmaßlichen Drahtzieher der 9/11-Anschläge, zu blockieren. Ein Prozess könnte Gerechtigkeit für die Opfer bringen.

Die Biden-Administration hat am Dienstag ein Bundesberufungsgericht darum gebeten, ein Plea-Bargain für **den beschuldigten 9/11-Mastermind Khalid Sheikh Mohammed** zu blockieren, das ihm das Risiko der Todesstrafe ersparen würde.

Argumentation der Regierung

Das Justizministerium argumentierte in einer Einreichung beim Bundesberufungsgericht im District of Columbia, dass die Regierung irreparabel geschädigt wäre, wenn die Schuldbekennnisse von Mohammed und zwei Mitangeklagten im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 akzeptiert würden. Es wurde festgestellt, dass der Regierung das Recht auf einen öffentlichen Prozess und die Möglichkeit, „die Todesstrafe gegen drei Männer zu fordern, die wegen einer abscheulichen Tat des Massenmordes angeklagt sind, die den Tod Tausender Menschen verursacht und die Nation sowie die Welt erschüttert hat“, vorenthalten würde.

Widersprüchliche Ansichten zu dem Plea-Bargain

Das Verteidigungsministerium hatte das Plea-Bargain

ausgehandelt und genehmigt, es jedoch später zurückgewiesen. Die Anwälte der Angeklagten argumentieren, dass der Deal bereits rechtlich wirksam sei und dass Verteidigungsminister **Lloyd Austin**, der mit den Bemühungen begann, den Deal zu kippen, zu spät gehandelt habe.

Die Reaktionen der Opferfamilien

Als am Dienstag die Berufung eingereicht wurde, versammelten sich Familienangehörige einiger der fast 3.000 Menschen, die bei den al-Qaida-Anschlägen ums Leben kamen, bereits an der US-Marinebasis Guantanamo Bay, Kuba, um Mohammeds geplantes Schuldbekennnis am Freitag zu hören. Die anderen beiden Männer, die geringere Rollen in den Ereignissen vom 11. September einnahmen, sollten in der kommenden Woche ihre Schuldbekennnisse ablegen.

Die Ansichten der Familienangehörigen über den Deal sind gespalten. Einige betrachten ihn als die bestmögliche Lösung für eine seit mehr als einem Jahrzehnt durch Vorverfahren und rechtliche sowie logistische Schwierigkeiten erschwerte Anklage. Andere fordern ein Gerichtsverfahren, in der Hoffnung auf eine Verurteilung und – möglicherweise – eine Hinrichtung.

Rechtliche Herausforderungen

Einige Rechtsexperten haben gewarnt, dass die rechtlichen Schwierigkeiten, die durch den Fall verursacht werden, einschließlich der Folter der Männer unter CIA-Haft nach ihrer Festnahme, die alternden Häftlinge daran hindern könnten, jemals vor Gericht zu stehen und zu einem Urteil zu kommen, das zu möglichen Strafen führen würde.

Militärstaatsanwälte informierten in diesem Sommer die Opferfamilien darüber, dass der ranghöchste Pentagon-Beamte, der Guantanamo überwacht, nach mehr als zwei Jahren Verhandlungen einem Plea-Bargain zugestimmt hatte. Der Deal wurde von den Militärstaatsanwälten als „der beste Weg zu

Finalität und Gerechtigkeit“ bezeichnet.

Kritik am Deal und den Bemühungen der Biden-Administration

Doch einige Familienangehörige und republikanische Abgeordnete haben sowohl den Deal als auch die Biden-Administration für diese Entscheidung verurteilt. Austin hat seit August erfolglos versucht, das Abkommen zu annullieren, und betont, dass eine Entscheidung über die Todesstrafen in einem so schweren Fall wie dem vom 11. September nur vom Verteidigungsminister getroffen werden sollte.

Ein Militärrichter in Guantanamo und ein Militärberufungsgremium **wiesen diese Bemühungen zurück** und erklärten, er habe keine Befugnis, das Abkommen aufzuheben, nachdem es vom ranghöchsten Pentagon-Beamten für Guantanamo genehmigt worden war.

Rechtslage und mögliche Konsequenzen

Die Verteidiger der Angeklagten betonen, dass das Plea-Bargain von Austins eigenen Beamten und Militärstaatsanwälten genehmigt wurde und dass sein Eingreifen eine unrechtmäßige politische Einmischung in das Justizsystem darstellt.

In der Einreichung des Justizministeriums vom Dienstag wurde argumentiert, dass den Angeklagten durch eine kurze Verzögerung nicht geschadet würde, da die Anklage seit 2012 läuft und die Plea-Abkommen wahrscheinlich dazu führen würden, dass sie lange Haftstrafen verbüßen, möglicherweise bis zu ihrem Lebensende.

„Eine kurze Verzögerung, um diesem Gericht die Möglichkeit zu geben, die Vorzüge des Antrags der Regierung in diesem bedeutsamen Fall zu prüfen, wird den Beklagten nicht wesentlich schädigen“, so die Argumentation der Regierung.

Das Justizministerium kritisierte den Militärkommissionsrichter für eine Entscheidung, die seiner Meinung nach „die Befugnisse des Verteidigungsministers in einem Fall von einzigartiger nationaler Bedeutung unangemessen eingeschränkt“ habe. Die Bewahrung dieser Befugnisse „ist von entscheidender Bedeutung und rechtfertigt die Gewährung außergewöhnlicher Abhilfe“, hieß es in der Einreichung der Regierung.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)